

Initiativantrag an den Bundesparteitag der LINKEN am 17./18. Nov. 2023 in Augsburg

Antragsteller*innen: Jürgen Aust (Bundessprecher AKL, Duisburg), Edith Bartelmus-Scholich (Delegierte, Krefeld), Cornelia Barth (Delegierte LV Bremen), Petra Beck (Ökologische Plattform), Nils Böhlke (Delegierter KV Düsseldorf), Heidi Boulnois (KV Waldeck-Frankenberg), Ellen Brombacher (Delegierte Berlin), Christine Buchholz (Parteivorstand, Berlin), Sonja Burmester (KV Wetterau), Deniz Celik (Bürgerschaftsabgeordneter Hamburg), Özlem A. Demirel (Europaabgeordnete, Düsseldorf), Timon Dörnfeld (KV Frankfurt), Julian Eder (Delegierter KV Wetterau), Ulrike Eifler (BAG Betrieb und Gewerkschaft), Lukas Eitel (Ersatzdelegierter Mittelfranken, Erlangen), Meryem Eker (KV Fulda), Nina Eumann (KV Mülheim), Florian Fandrich (Landesvorstand Sachsen-Anhalt), Rim Farha (Delegierte KPF), Kathrin Flach-Gomez (Ersatzdelegierte Mittelfranken), Thies Gleiss (Bundessprecher AKL, Köln), Claudia Haydt (LGF BaWü, Tübingen), Stefanie Haenisch (Sprecherin LAG FIP, Hessen), Inge Höger (Bundessprecherin AKL und Delegierte), Anna Hofmann (KV Marburg-Biedenkopf), Martina von Holst (Delegierte KV Frankfurt/Main), Stephan Jegielka (Delegierter Berlin-Mitte), Dirk Jakob (Geschäftsführer KV Siegen-Wittgenstein), Yusuf Karaaslan (KV Marburg-Biedenkopf), Claus Ludwig (KV Köln), Niels-Olaf Lüders (Co-Sprecher Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg, Delegierter KV Märkisch-Oderland), Alexandra Mehdi (Lisa NRW, Solingen), Sefika Minte (stv. Landessprecherin NRW), Kathrin Otte (Delegierte der SL), Artur Pech (Delegierter KV Oder-Spree), Thorben Peters (Landessprecher NDS, Lüneburg), Sebastian Rave (Delegierter LV Bremen), Jan Richter (BAG Betrieb und Gewerkschaft), Melanie Rott (Delegierte Berlin-Mitte), Adelheid Rupp (Landessprecherin Bayern), Lucia Schnell (Delegierte Berlin-Neukölln), Lara Scheunemann (Delegierte KV Frankfurt/Main), Henning von Stolzenberg (Delegierter KV Oberhausen), Eyup Yilmaz (KV Frankfurt), Serhat Yilmaz (Delegierter KV Düsseldorf), Sascha Wagner (Landessprecher NRW, Delegierter KV Wesel), Franziska Wöckel (Berlin-Pankow), Wolfgang Zimmermann (KV Düsseldorf)

Stoppt den Krieg! Stoppt die Besatzung! Die Menschen in Israel und Palästina brauchen einen Waffenstillstand und eine Zukunft in Frieden!

Mit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober auf Städte und Dörfer und ein Festival in Israel, der Ermordung von Zivilist*innen und der Geiselnahme unschuldiger Menschen sowie der anschließenden Kriegserklärung Israels ist es zu einer enormen Eskalation im Nahostkonflikt gekommen. Tagtäglich sterben nun viele hundert Kinder, Frauen, Männer im Gazastreifen. Ein Ende der Gewalt und der militärischen Eskalation ist nicht abzusehen. Es besteht die reale Gefahr eines Flächenbrandes im gesamten Nahen und mittleren Osten. Dieser Krieg muss umgehend gestoppt werden.

Am 7. Oktober überwandern bewaffnete Hamas-Kämpfer den israelischen Grenzzaun um Gaza, eroberten israelische Militärposten und drangen in mehrere israelische Ortschaften und Kibbuzim ein. Sie töteten hunderte Menschen und nahmen Zivilist*innen und

Soldat*innen als Geiseln. Inzwischen führt Israel im Gazastreifen einen brutalen Krieg und nimmt dessen Bevölkerung kollektiv in Haftung. Die israelische Regierung hat dem seit Jahren durch eine völkerrechtswidrige Blockade abgeschotteten Gazastreifen jetzt die Zufuhr von Wasser, Nahrung, Medikamenten und Energie komplett abgeschnitten. Die israelische Armee bombardiert Wohnhäuser, Schulen, Kirchen, Moscheen, Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen. Bis zum 7.11. wurden 10.000 Zivilist*innen getötet, darunter viele Kinder. Auch Mitarbeiter*innen der Vereinten Nationen und Journalist*innen zählen zu den Opfern dieses Krieges. Israel forderte die Einwohner*innen des Gazastreifens auf, in den Süden von Gaza zu fliehen. Über eine Million Menschen sind so in den bereits völlig überbevölkerten Süden vertrieben worden. Auch Fluchtrouten und Zufluchtsorte wurden bombardiert. Durch die Bodenoffensive werden die in Gaza lebenden Menschen kollektiv in Haftung genommen und aus ihren Wohnungen, von ihrem Land vertrieben oder getötet.

Im Schatten der Angriffe auf Gaza haben sich die Angriffe von Siedler*innen auf Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten in der Westbank nochmal verstärkt, geschützt durch das israelische Militär. 5.000 Menschen wurden seit dem 7. Oktober verhaftet, über 11.000 palästinensische politische Gefangene werden in israelischen Gefängnissen unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten.

Wir sind entsetzt über die Entführungen von Geiseln und das Töten von Zivilist*innen, Frauen, Kinder und Männer. Es müssen endlich ernsthafte Schritte für einen nachhaltigen Frieden im Nahen Osten gegangen werden.

Wir kritisieren die Bundesregierung scharf, die hierzu bisher keinen ernsthaften Beitrag geleistet hat. Im Gegenteil: Sie unterstützt durch ihre bedingungslose Solidarität mit der rechten Netanjahu-Regierung die Vertreibungspolitik und mit Waffenlieferungen das tagtägliche Ermorden von Zivilist*innen.

DIE LINKE fordert einen sofortigen Stopp der Bombardierungen Israels sowie einen Stopp der Rüstungskooperation. Wir fordern ebenso einen Stopp der Hamas-Raketen und die Freilassung der Geiseln. Es braucht einen Waffenstillstand und Verhandlungen.

Im Verbot der palästinensischen Demonstrationen, wie wir sie nach Kriegsbeginn in Deutschland erlebt haben, sehen wir eine fundamentale Aushebelung demokratischer Rechte.

In Anbetracht der aktuellen Eskalation hätten wir als LINKE von der Bundesregierung erwartet, dass sie in der UNO und auch in der EU für einen Waffenstillstand und Verhandlungen stimmt. Stattdessen enthält sich Deutschland in der UN bei der Abstimmung über die Resolution zum „Schutz der Zivilbevölkerung und der Einhaltung humanitärer Verpflichtungen“. In der EU verhindert Deutschland eine Stellungnahme für einen Waffenstillstand und eine Feuerpause, wie sie von Spanien, Irland und einigen anderen EU-Mitgliedern befürwortet wurde. Stattdessen ist nun in der gemeinsamen Erklärung nur noch von »humanitären Korridoren und Pausen für humanitäre Bedürfnisse« die Rede. Die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens, inkl. der Verweigerung des Zugangs zu Wasser, Nahrung und vor allem zu Strom und Treibstoff wird nicht ernsthaft infrage gestellt. Indem sich die USA und die EU nicht für einen vollständigen Waffenstillstand einsetzen, geben die westlichen Staaten Israel grünes Licht für eine kollektive Bestrafung der Palästinenser*innen, sowohl in Gaza als auch in der Westbank.

Mit dem Hinweis auf das Selbstverteidigungsrecht Israels werden im Moment stillschweigend Kriegsverbrechen geduldet, während es an deutlichen Worten gegen die Verbrechen am 7. Oktober nicht mangelte. Wir aber dulden keine Doppelmoral mehr.

Es heißt mit zweierlei Maß messen, wenn angesichts der Verbrechen der Hamas am 7. Oktober, jegliche Bezugnahme zum Kontext der Taten als Relativierung abgetan wird und zugleich die Kriegsverbrechen der rechten Netanjahu-Regierung, mit Bezug auf den 7. Oktober gerechtfertigt werden. Wir sagen: Nicht in unserem Namen!

Israel hat als völkerrechtlich anerkannter Staat gegenüber anderen Staaten ein Selbstverteidigungsrecht, es gibt aber kein Recht, gegen die Bevölkerung eines von ihm besetzten Gebietes Krieg zu führen.

Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich für einen nachhaltigen und gerechten Frieden in Israel und Palästina einsetzen. Seit Jahrzehnten leben die Palästinenser*innen schon als entrechtete Menschen in ihrem eigenen Land. Sie sehnen sich nach Gerechtigkeit. Seit Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten, sehnen sich Jüd*innen nach Sicherheit. Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Menschen muss also das Ziel sein.

Die falsche Staatspolitik Israels aber wird den Sehnsüchten der Menschen nicht gerecht, im Gegenteil. Mit seiner Politik der Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser*innen, der Siedlungspolitik und mit der Militarisierung seiner Politik gegenüber den Palästinenser*innen wird es keinen Weg aus der Gewaltspirale geben. Vielmehr wird diese Politik zu vielen weiteren Opfern führen - und zu noch mehr Hass auf allen Seiten. Der Krieg erstickt alle Stimmen für den Frieden, jeden Tag ein bisschen mehr. Je länger er tobt, desto schwieriger wird der Friedensprozess werden.

Dabei tritt die ultra-rechte Netanjahu-Regierung nicht nur die Rechte der Palästinenser*innen mit Füßen, sondern auch die demokratischen Rechte der Einwohner*innen Israels. Sie versucht die Proteste gegen ihre Justizreform durch eine Einheitsregierung gegen die Hamas und durch die Verschärfung des seit 1948 bestehenden Ausnahmezustands zu unterdrücken. Die Pressefreiheit wird eingeschränkt, jede kritische Äußerung unterdrückt. Dabei fordern auch viele Israelis, insbesondere die Angehörigen der Geiseln, Verhandlungen über deren Freilassung anstatt mehr Militär. Der Unmut und die Proteste nehmen weltweit zu.

Wer Sicherheit für die Menschen sowohl in Israel, als auch in Palästina will, muss sich für ein Ende der Gewalt aussprechen. Die Politik der Besatzung, des Siedlerkolonialismus und der Administrativhaft und von immer mehr Militär, Krieg und Bombardierungen führt nicht zu mehr Sicherheit für Israel, sondern zu einem Kreislauf der Gewalt. Dieser Krieg ist ein Wendepunkt. Wenn es nicht gelingt, einen Waffenstillstand und Verhandlungen durchzusetzen, kommt es zu einem Flächenbrand im Nahen Osten.

Weltweit nehmen die Proteste gegen den Krieg und für ein freies, selbstbestimmtes Palästina zu. Sie werden zu einer Massenbewegung. Hunderttausende Menschen sind in ganz Europa, in den USA und der ganzen Welt für ein Ende der Gewalt in Palästina auf der Straße. Gewerkschaften u.a. in Belgien boykottieren Waffenlieferungen nach Israel und fordern eine friedliche Lösung des Konflikts.

Als LINKE verurteilen wir die Blockade des Gazastreifens und die wahllose Bombardierung ebenso wie die willkürlichen Verhaftungen von Palästinenser*innen in der Westbank. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, die Freilassung der Geiseln und Verhandlungen, sowie die Untersuchung aller Kriegsverbrechen. DIE LINKE steht auf gegen Ungerechtigkeit und Kolonialismus, für Frieden und Befreiung von Besatzung und Unterdrückung. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen und die gleichberechtigte Existenz eines palästinensischen Staates darf nicht mehr infrage gestellt werden.

Die Lehre aus dem II. Weltkrieg, den deutschen Verbrechen und dem dunkelsten Kapitel der Geschichte der Menschheit lautet: Immer und überall die Stimme erheben gegen Krieg und Unterdrückung - egal von wem, egal an wem! Keine Doppelmoral! Jeder Form von Antisemitismus und Rassismus stellen wir uns in den Weg! Wir stehen für Völkerfreundschaft! Wir erheben unsere Stimme für Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden für Palästinenser*innen und Israelis. Wir stehen an der Seite der Friedensbewegung und der weltweiten Solidaritätsbewegung mit den Palästinenser*innen, die für einen sofortigen Waffenstillstand hier und weltweit auf die Straße geht!